

04.10.84

Antrag

der Länder Bremen und Hamburg

zum

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für
das Haushaltsjahr 1985 (Haushaltsgesetz 1985)

Punkt 1 der 541. Sitzung des Bundesrates am 5. Oktober 1984

Der Bundesrat möge beschließen:

Einzelplan 12 - Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

Kapitel 1202 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 89214 - 732 Finanzbeiträge (pauschalierte Zinsbeihilfe) an die
Seeschifffahrt (Reederhilfe)

Es wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 80 Millionen DM eingestellt.

Davon fällig: Haushaltsjahr 1986 bis zu 40 Millionen DM

Haushaltsjahr 1987 bis zu 40 Millionen DM

Begründung:

Aufgrund der krisenhaften Entwicklung in der Seeschifffahrt und des besorgniserregenden Substanzverlustes der deutschen Handelsflotte war in den Haushalt 1984 eine Verpflichtungsermächtigung von 80 Millionen DM für die Gewährung von Finanzbeiträgen an die Seeschifffahrt eingestellt worden, die in den Haushaltsjahren 1985 und 1986 mit je 40 Millionen DM Barmitteln bedient werden soll.

Dieser Ansatz, der dem weiteren Substanzverlust der deutschen Handelsflotte und dem Trend zur Ausflagung entgegenwirken soll, kann nur dann zum Ziel führen, wenn er als Einstieg in eine mehrjährige Förderungspolitik dient. Eine sinnvolle zielgerichtete direkte Schifffahrtförderung wie die Finanzbeiträge muß auf längere Zeiträume ausgerichtet sein und für die Reeder durch eine Verstetigung mittelfristig kalkulierbare Rahmenbedingungen schaffen.

Die in den Jahren 1979 bis 1981 gewährten Finanzbeiträge haben sich bewährt und sind inzwischen in mehr als 130 Schiffsneubauten auf deutschen Werften investiert worden. Das zeigt, daß

...

Finanzbeiträge die Liquiditätsprobleme der Schifffahrtsunternehmen vermindern und über eine Stärkung des Eigenkapitals zu einer Verbesserung der Investitionsfähigkeit der Reeder führen. Sie wirken sich strukturverbessernd für die deutsche Handelsflotte aus und tragen zur Sicherung der Beschäftigungslage der deutschen Werftindustrie bei.

Da der Rückgang der deutschen Handelsflotte weiter anhält - im ersten Halbjahr 1984 ist bereits ein Verlust von 11,3 % festzustellen -, ist eine Weitergewährung der Finanzbeiträge erforderlich.